

Haldensleben, den 05.10.2022

Niederschrift

über die 29. Tagung des Wirtschafts- und Finanzausschusses der Stadt Haldensleben am 04.10.2022,
von 18:00 Uhr bis 19:12 Uhr

Ort: im Rathaus der Stadt Haldensleben, Markt 22, Sitzungssaal

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Mario Schumacher

Mitglieder

Herr Burkhard Braune

Frau Anja Reinke

Frau Roswitha Schulz

Herr Wolfgang Rehfeld in Vertretung für Frau Püschel

sachkundige Einwohner

Herr Martin Feuckert

Herr Jürgen Jacob

Frau Nicole Job

von der Verwaltung

Herr Bernhard Hieber

Herr Oliver Karte

Herr Michael Schneidewind

Frau Silvia Schöbel

Frau Ruth Felske

Abwesend:

Mitglieder

Herr Thomas Feustel – entschuldigt

Frau Sabrina Püschel – entschuldigt

Frau Doris Trautvetter – entschuldigt

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Abstimmung über den öffentlichen Teil der Niederschrift zur Tagung vom 13.09.2022
4. Einwohnerfragestunde
5. Fraktion CDU-FDP - Antrag zur Haushaltssatzung 2023 der Stadt Haldensleben - finanzielle Mittel
Grunderwerb - Vorlage: A-072(VII.)/2022
- 5.1. Fraktion CDU-FDP - Änderungsantrag zum Antrag zur Haushaltssatzung 2023 der Stadt Haldensleben -
finanzielle Mittel Grunderwerb - Vorlage: A-072(VII.)/2022/1
6. Informationen zum Stand der Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2023 - Vorlage: IV-025(VII.)/2022
7. Mitteilungen
8. Anfragen und Anregungen

II. Nichtöffentlicher Teil

9. Abstimmung über den nichtöffentlichen Teil der Niederschrift zur Tagung vom 13.09.2022
10. Mitteilungen
11. Anfragen und Anregungen

I. Öffentlicher Teil

zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Ausschussvorsitzender Mario Schumacher eröffnet die heutige Sitzung. Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt; es sind 5 Ausschussmitglieder anwesend; der Ausschuss ist beschlussfähig. Die sachkundigen Einwohner Frau Nicole Job, Herr Jürgen Jacob und Herr Martin Feuckert nehmen ebenfalls an der Sitzung teil. Es liegen von Frau Doris Trautvetter und Herrn Thomas Feustel Entschuldigungen vor. Frau Sabrina Püschel ist ebenfalls entschuldigt; es nimmt in Vertretung Herr Wolfgang Rehfeld teil.

zu TOP 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt. Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form *einstimmig* angenommen und gilt damit als festgestellt.

zu TOP 3 Abstimmung über den öffentlichen Teil der Niederschrift zur Tagung vom 13.09.2022

Schriftlich liegen dem Ausschussvorsitzenden keine Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift vom 13.09.2022 vor. Der öffentliche Teil der o.g. Niederschrift wird von den Ausschussmitgliedern einstimmig bei 1 Stimmenthaltung bestätigt.

zu TOP 4 Einwohnerfragestunde

Zum Procedere:

Jeder Einwohner ist berechtigt, grundsätzlich eine Frage und zwei Zusatzfragen, die sich auf den Gegenstand der ersten Frage beziehen, zu stellen. Zugelassen werden nur Fragen von allgemeinem Interesse, die in die Zuständigkeit der Stadt fallen. Die Redezeit je Fragendem zur Stellung der Frage darf 3 Minuten nicht überschreiten

Einwohner I/04.10.2022 – Es wurden Maßnahmen für die Fördergebiete beschlossen; wurden auch Maßnahmen für die Verschattung in den Kitas und den Grundschulen im Haushalt geplant?

Bürgermeister Bernhard Hieber verweist auf die Fürsorgepflicht für die Kinder, die städtische Einrichtungen besuchen und dieser komme die Verwaltung nach. Der Bauamtsleiter hat auf diese Anfrage in der Sitzung des Schul-, Sozial-, Kultur- und Sportausschusses Antwort gegeben. Es wurden bereits Maßnahmen umgesetzt und es sind im Haushalt weitere Maßnahmen enthalten.

zu TOP 5 Fraktion CDU-FDP - Antrag zur Haushaltssatzung 2023 der Stadt Haldensleben – finanzielle Mittel Grunderwerb Vorlage: A-072(VII.)/2022

zu TOP 5.1 Fraktion CDU-FDP - Änderungsantrag zum Antrag zur Haushaltssatzung 2023 der Stadt Haldensleben - finanzielle Mittel Grunderwerb Vorlage: A-072(VII.)/2022/1

Ausschussvorsitzender Mario Schumacher trägt eingangs vor, dass es zu dem bestehenden Antrag der CDU/FDP aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung, einen Änderungsantrag gibt. Dieser sieht folgende Beschlussfassung vor:

Der Stadtrat beschließt in den Haushaltsjahren 2023 und 2024 mindestens 80 % der im Produkt Wirtschaftsförderung im jeweiligen Haushaltsjahr erwirtschafteten Einzahlungen aus der Veräußerung von städtischen Grundstücken und Immobilien, abzüglich der Auszahlungen für Erschließung, durch die Einrichtung einer „unechten“ Deckungsfähigkeit (Zweckbindung) und der Veranschlagung entsprechender Verpflichtungsermächtigungen für den Erwerb von Grundstücken und Immobilien zur Verfügung zu stellen. Ein Haushaltsvermerk wird dazu an die entsprechenden Ein- bzw. Auszahlungskonten angebracht.

Hintergrund für diesen Antrag ist, dass aus der Veräußerung von Grundstücken auch wieder finanzielle Mittel zur Verfügung stehen sollten, um Flächenankäufe tätigen zu können, um weitere Gewerbegebiete zu entwickeln.

Frau Nicole Job, sachkundige Einwohnerin, vermisst in dem Antrag ein konkretes Projekt, für das die finanziellen Mittel in den Haushalt eingestellt werden sollen. In den zurückliegenden Jahren waren für Grundstücksankäufe immer finanzielle Mittel als Platzhalter im Haushalt vorgesehen. Häufig ist der Ankauf aber daran gescheitert, dass die Eigentümer nicht verkaufen wollten oder an den Preisvorstellungen, die aufgerufen wurde. Sollte sich Bedarf ergeben, weitere Flächen ankaufen zu müssen, besteht jederzeit die Möglichkeit über eine überplanmäßige Ausgabe. Sie halte es nicht für zielführend, von vornherein den Haushalt zusätzlich zu belasten.

Es gehe nicht um konkrete Projekte, sondern es sollen finanzielle Mittel im Haushalt eingestellt werden, über die die Verwaltung verfügen kann, um neue Flächen anbieten bzw. ankaufen zu können, die zum Teil bereits als Bauflächen/Gewerbeflächen im Flächennutzungsplan ausgewiesen sind, gibt der Ausschussvorsitzende zur Antwort.

Die Stellungnahme der Verwaltung beziehe sich auf den Grundantrag. Der Änderungsantrag sieht nunmehr eine Beschränkung für die Jahre 2023/2024 vor, aber es gibt noch andere Risiken, die in der Stellungnahme betrachtet wurden, auf die Amtsleiter Michael Schneidewind näher eingehen könnte, macht der Bürgermeister deutlich.

Amtsleiter Michael Schneidewind erklärt, wenn Mittel zweckgebunden in den Haushalt eingestellt werden, fehlen dem Haushalt investive Einzahlungen für die Tätigkeit von Auszahlungen an anderer Stelle. Verkaufserlöse vom Verkauf von Flächen sollte man sich nicht dauerhaft binden; das ist jetzt auf die Jahre 2023/2024 beschränkt. Die Investitionspauschale ist fast das Einzige, was vom Land nicht zweckgebunden den Kommunen zur Verfügung gestellt wird. Das sind 860.000,00 € und mit diesen Mitteln muss man sorgsam umgehen, um möglichst viele Fördermittel akquirieren zu können, um aus 860.000,00 € beispielsweise 2,5 Mio. € Investitionsvolumen zu machen. Für viele Kommunen ist diese Investitionspauschale das Einzige, was den Kommunen an Eigenmitteln zur Verfügung steht. Die Stadt Haldensleben ist tatsächlich noch in der Lage, als Bauträger eigene Wohngebiete zu erschließen bzw. Gewerbeflächen zu veräußern, für die es Interessenten gibt. Wenn diese Erlöse generiert werden, kann man diese sicherlich zum Ankauf von Flächen einsetzen oder aber ggf. auch mal für andere Projekte. Der Haushalt 2023 verrät an der Stelle Wirtschaftsförderung schon, dass eine Quote von 66 % der Einzahlungen, die letztendlich aus dem bereits angesprochenen Verkauf zu erwarten sind, wiederum in die Auszahlungen im gleichen Produkt für den Erwerb von Flächen eingestellt ist. Vom Antragsteller besteht das Ansinnen, 80 % dafür einzusetzen, 66 % befinden sich bereits im Haushalt. Die Differenz, sprich die 17 % bedeuten tatsächlich 400.000,00 € mehr, die an anderer Stelle im Haushalt zu streichen wären. Das hätte zur Folge, bei geplanten Projekten auf Fördermittel verzichten zu müssen. Die Stadträte müssten letztendlich die Entscheidung treffen, ob 66 % ausreichend wären oder ob es 80 % sein müssen.

Es soll über den Antrag befunden werden, bevor die eigentliche Haushaltsdiskussion eröffnet wird. Nach Meinung von Stadträtin Roswitha Schulz sollte erst einmal die Haushaltsdiskussion geführt werden, um dann einschätzen zu können, können diese Gelder eingestellt werden oder stehen andere dringende Projekte an. Vorab diese 80 % festzulegen, findet ihre Zustimmung und die ihrer Fraktion nicht.

Die 80 % waren ein Vorschlag seiner Fraktion. Bis heute war dem Ausschussvorsitzenden Mario Schumacher nicht bekannt, dass bereits 66 % im Haushalt eingestellt sind. Von daher würde er die 80 % außen vorlassen.

Wichtig ist, dass die Bereitschaft der Stadträte vorliegt, investieren zu wollen. Es ist immer Geld zum Flächenankauf im Haushalt geplant. Das Ansinnen ist generell positiv, aber nach Auffassung von Frau Nicole Job bedarf es diesem Antrag nicht.

Herr Jürgen Jacob, sachkundiger Einwohner, habe heute erst von den 66 % erfahren. Das ist bereits ein erheblicher Anteil. Sein Vorschlag wäre, über den Antrag der CDU/FDP-Fraktion heute nicht abzustimmen zu lassen, sondern erst einmal abzuwarten, wie sich die Gesamtsituation des Haushaltsplanes für das Jahr 2023 darstellt.

Stadtrat Burkhard Braune sehe es ähnlich wie seine Vorredner, aber er hat einige Bedenken. Der Flächennutzungsplan weist zwar Gewerbegebiete aus, aber die Flächen sind nicht städtisches Eigentum. Es müssen Flächen in der Gemarkung Haldensleben erworben werden, um evtl. einen Flächentausch mit den Eigentümern vornehmen zu können, wenn diese nicht bereit ist, ihre Flächen im Gewerbegebiet an die Stadt zu verkaufen. Die Stadträte müssen an die Zukunft denken und müssten mit Weitblick Flächen ankaufen, um möglichen Investoren Flächen zur Bebauung anbieten zu können, ohne dass diese bereits Gewerbegebiet sind.

So ist die Verwaltung in der Vergangenheit auch verfahren. Es ist schwierig Tauschflächen zu finden bzw. Flächen anzukaufen. Sobald die Stadt auf die Eigentümer zugeht, schnellen die Preise in die Höhe, berichtet Frau Nicole Job aus Erfahrung.

Vom Ausschussvorsitzenden wird das Beispiel Flächenankauf im Südhafen aufgegriffen. Durch das Limit, das sich der Stadtrat gesetzt hatte, konnten die Flächen nicht erworben werden. Dem vorzubeugen, sollte ein finanzieller Pool gebildet werden, so dass die Stadt ermächtigt ist, kurzfristige Flächen anzukaufen, ohne dafür den Stadtrat einberufen zu müssen.

Die Bereitstellung der finanziellen Mittel zum Flächenankauf sehe Stadträtin Anja Reinke nicht als das Problem an, sondern die Frage ist, bekomme ich Grundstücke gekauft.

Ausschussvorsitzender Mario Schumacher greift den Vorschlag von Herrn Jürgen Jacob auf und stellt den Antrag der CDU/FDP-Fraktion heute zur Abstimmung zurück; der Antrag wird vertagt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig (5 Ja-Stimmen)

zu TOP 6 Informationen zum Stand der Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2023 **Vorlage: IV-025(VII.)/2022**

Amtsleiter Michael Schneidewind macht eingangs deutlich, dass der Wirtschafts- und Finanzausschuss sich in 3 Sitzungen mit dem Haushalt für das Jahr 2023 beschäftigen werde. Die Unterlagen, die online zur Verfügung stehen, werden immer wieder ergänzt. Mit der heutigen Vorstellung soll erst einmal das grobe Zahlenwerk präsentiert werden. Es liegen dem Ausschuss der Vorbericht in Kurzfassung, die gesamte Investitionsübersicht und der gesamte Ergebnis- und Finanzplan vor. In seiner Präsentation hat er ein paar Dinge dargestellt, die den Anwesenden ein Gefühl dafür geben soll, wo stehe man, was die mittelfristige Finanzplanung betrifft und wo wolle man hin.

Der Haushalt für das Jahr 2023 wurde unter Beachtung der Grundsätze der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit aufgestellt. Alle bekannten Informationen wurden beachtet, allerdings fehlen wichtige Orientierungsdaten vom Statistischem Landesamt. Die Situation für 2023 ist durch extrem hohe Unsicherheit und sehr schwer kalkulierbare Risiken geprägt (Nachwirkungen der Corona-Pandemie, Auswirkungen des Ukraine-Krieges, rasant steigende Energie- und Rohstoffkosten). Ein Vergleich mit Vorjahren ist größtenteils schwierig. Der Fokus muss auf der Erfüllung von Pflichtaufgaben liegen. Für zusätzliche konsumtive Ausgaben ist kein Spielraum.

Zum Schluss seiner Ausführungen macht Amtsleiter Michael Schneidewind deutlich, dass der Finanzmittelbestand nur durch Kredite abgedeckt werden kann. Sollten Vorschläge von Stadträten eingereicht werden, bittet er in dem Zuge einen Deckungsvorschlag zu benennen, um die Kreditbelastung nicht weiter zu erhöhen.

Seines Erachtens sollte im Fokus stehen, den Haushalt genehmigt zu bekommen. Von daher sehe er wenig Spielraum für weitere Ausgaben.

Auf Wunsch der Ausschussmitglieder wird die Präsentation den Mitgliedern des Wirtschafts- und Finanzausschusses per E-Mail über das Büro Stadtrat zur Verfügung gestellt, um für die Diskussion in den Fraktionen die Grundlage zu bilden.

Es wurde von Herrn Schneidewind ausgeführt, dass der Fokus auf die Erfüllung von Pflichtaufgaben gelegt werden muss, das Korsett ist sehr eng gestrickt. Wenn so weitergemacht werde wie bisher, stehen am Ende des Jahres 2026 keine finanziellen Mittel mehr zur Verfügung. Stadträtin Anja Reinke sehe durchaus Positionen im Haushalt, bei denen Einsparungen möglich wären. Es sollen jeweils eine zusätzliche Stelle im Bereich Stadtmarketing, Kommunikation und Wirtschaftsförderung und im Bereich Bildung, Jugend und Sport geschaffen werden und für den Stadthof sind 2 weitere Saisonstellen vorgesehen; darüber hinaus muss bei den Fördermitteln der Eigenanteil aufgebracht werden und es fehle ihr eine Prioritätenliste, was muss sein und was kann sein. Z.B. die Sanierung der Schlossscheune. Wie bereits erwähnt, sehe sie unter den derzeitigen Bedingungen durchaus Einsparpotential und dazu sollte sich der Wirtschafts- und Finanzausschuss eindeutig positionieren.

Wie Amtsleiter Michael Schneidewind dargestellt hat, sind die Steuererträge, vor allem die Gewerbesteuer (Wirtschaftsförderung) ein maßgeblicher Anteil an den Gesamterträgen. Bei der Kinderbetreuung und der Pflege des öffentlichen Grüns befinde man sich im Bereich der Pflichtaufgaben und von daher widerspricht es nicht, Stellen zur Aufgabenerledigung von Pflichtaufgaben einzuplanen.

Mit dem Zahlenwerk, wie es vom Kämmerer vorgetragen wurde, sollten die Stadträte in ihre Fraktionen gehen, um dann in der nächsten Sitzung ins Detail gehen zu können. Heute sollten keine Änderungsanträge vorgeschlagen werden, meint Herr Jürgen Jacob.

Der Haushalt 2023 wurde mit seinen Eckpunkten durch den Kämmerer vorgestellt. Es ist ein Haushalt mit Pflichtaufgaben und freiwilligen Aufgaben, der im Jahr 2023 und in der mittelfristigen Finanzplanung ausgeglichen werden kann, allerdings mit dem Rückgriff auf die Rücklage, so Ausschussvorsitzender Mario Schumacher. Dieser Trend hatte sich bereits im letzten Jahr abgezeichnet und der lasse sich auch nicht von heute auf morgen kippen, auch nicht, durch Haushaltskürzungen. Es war bekannt, dass auf die Rücklage zurückgegriffen werden muss. Herr Schneidewind hat es ziemlich deutlich zum Ausdruck gebracht, dass die Haupteinnahmequelle die Gewerbesteuer ist und die muss ausgebaut und gefördert werden, damit die Stadt in den nächsten Jahren von den Rücklagen leben kann, aber auch Grundlagen geschaffen werden, dass weitere Ansiedlungen von Unternehmen möglich sind. Aus diesem Grund darf keinesfalls in der Wirtschaftsförderung gespart werden.

Die Wirtschaftsförderung hat in den letzten Jahren sehr gut funktioniert. Stadträtin Anja Reinke ist nicht klar, warum der Bürgermeister in dem Bereich noch eine weitere Stelle schaffen möchte unter diesen Haushaltsbedingungen. An Herrn Schneidewind gerichtet, führt Frau Reinke aus, dass sie auch den Haushaltsplan im Landkreis kennt und im Landkreis weist man klar und deutlich aus, was Pflichtaufgaben und was freiwillige Aufgaben sind. Diese Trennung würde sie sich auch im städtischen Haushalt wünschen, denn dann lasse sich einfacher erkennen, bei welchen Positionen noch Verschiebungen/Einsparungen machbar wären, um nicht in kürzester Zeit die Ersparnisse komplett aufzubauchen. Das ist ihres Erachtens Aufgabe des Wirtschafts- und Finanzausschusses.

Bevor man alles in Frage stellt, sollte sorgfältig justiert werden. Auch wenn man bei den freiwilligen Aufgaben sparen will, indem die Veranstaltungen in abgespeckter Form durchgeführt werden, das Personal ist da, d.h. Kosten fallen an. Für Frau Nicole Job ist es eine Grundsatzentscheidung, entweder will sich die Stadt die Veranstaltung leisten oder will sich die Stadt diese nicht leisten. Es sollte in den Fraktionen beraten werden, an welchen Positionen Stellschrauben angesetzt werden können.

Grundsätzlich begrüßt Stadtrat Burkhard Braune das Zahlenwerk, wie es Amtsleiter Michael Schneidewind vorgestellt hat. Man kann sagen, der Haushalt ist ausgeglichen, er ist auch in den nächsten Jahren ausgeglichen, aber nur durch Kreditaufnahmen. Seines Erachtens gibt es immer Schrauben, um justieren zu können. Bei den Ausgaben müssen dringend Positionen gestrichen werden, um die Finanzmittel bis 2026 nicht sehendes Auge ins Minus zu fahren.

Die Anregungen und Hinweise, die es heute gab, sollten mit in die Fraktionen genommen werden. Stadträtin Roswitha Schulz ist zuversichtlich, dass auch aus den Diskussionen in den Fachausschüssen noch der eine oder der andere Vorschlag unterbreitet wird. Auf der anderen Seite wisse sie, dass es sich die Verwaltung nicht leicht gemacht hat, diesen Haushaltsplan aufzustellen, denn alle Fachbereiche melden ihren Bedarf an und wie es bereits angedeutet wurde, mussten teilweise bereits im Vorfeld der Haushaltsdebatte Maßnahmen gestrichen werden. Sie hoffe, dass aus den Fraktionen konstruktive Vorschläge kommen.

zu TOP 7 Mitteilungen

- 7.1. Bürgermeister Bernhard Hieber bestätigt, dass im Rahmen der Haushaltsdebatte mit den Ämtern heftig diskutiert wurde und im Vorfeld bereits zahlreiche Streichungen vorgenommen werden mussten, um den Haushaltsplan für das Jahr 2023 zur Diskussion in den Fachausschüssen vorlegen zu können.

zu TOP 8 Anfragen und Anregungen

Es liegen keine Anfragen vor und es werden keine Anregungen gegeben.

Ausschussvorsitzender Mario Schumacher schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

gez. Mario Schumacher
Ausschussvorsitzender

gez. Ruth Felse
Protokollantin